

Traditioneller Neujahrsempfang der Fédil

Einheitsstatut: Vereinbarte Kostenneutralität beachten

Kritik am CO₂-Zuteilungsplan / Premierminister kündigt Steuersenkung an

VON ANDREAS HOLPERT

Beim traditionellen Neujahrsempfang der Luxemburger Industriellenvereinigung Fédil nutzte Präsident Robert Dennewald die Gelegenheit, vor dem Regierungschef und zahlreichen Ministern sowie Vertretern aus Wirtschaft und Gesellschaft noch einmal deutlich zu machen, dass bei Einführung des Einheitsstatuts keine zusätzlichen Kosten für die Unternehmen entstehen dürfen. Premierminister Jean-Claude Juncker sagte, dass sich für eine Lösung alle Partner bewegen müssten. Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, der als Gastredner auftrat, forderte eine internationale Lösung beim Klimaschutz und eine Begrenzung der EU-Erweiterung.

Fédil-Präsident Dennewald apel- lierte an die Vereinbarung der Tripartite, dass die Einführung eines „Statut unique“ keine zusätz- lichen Kosten verursachen dürfen. „An dieser grundsätzlichen Voraus- setzung darf nicht gerüttelt wer- den“, sagte Dennewald. Auf Grund der Haltung der Gewerkschaften sowie der jüngsten Vorschläge der Regierung würden sich zahlreiche Mitglieder ernsthafte Sorgen ma- chen. In manchen Fällen werde so- gar von existenzgefährdenden Kon- sequenzen bei Einführung des Ein- heitsstatuts gewarnt.

Schwere Kritik äußerte Denne- wald zudem an der Kürzung der CO₂-Quotenmenge für die luxem- burgische Industrie. Den bestehen- den Betrieben werden 15 Prozent der angeforderten Quoten nicht er- teilt. Derweil würde die EU-Kom- mission die Konkurrenz in anderen Ländern weitaus großzügiger be-



Fédil-Präsident Robert Dennewald rich- tete deutliche Worte an die Regie- rung.

(FOTO: GUY JALLAY)

diene, so der Fédil-Präsident, der von einer „Verzerrung des freien Wettbewerbs“ sprach. Um den An- forderungen der Brüsseler Behörde gerecht zu werden, müssten Lux- emburger Betriebe zwischen teurem Zukauf von Emissionsrechten, Produktionskürzungen oder Teil- schließungen wählen.

Dennewald kündigte an, dass die Fédil dem Premierminister und sei- nen zuständigen Ministerkollegen eine kritische Analyse einiger Aspekte der europäischen Indus- trie- und Wachstumspolitik sowie der Energiepolitik zukommen las- sen wird.

Der Fédil-Präsident, der das Jahr 2006 aus konjunktureller Sicht (sechs Prozent Wachstum) rückbl- ckend als gut bezeichnete, nannte die in der Tripartite vereinbarten Maßnahmen als unzureichend, um den Herausforderungen der Wirt-

schaft genügend Rechnung zu tra- gen. Premierminister Jean-Claude Juncker bezeichnete die in der Tripartite getroffenen Entschei- dungen als gut, mit denen jedoch niemand in Gänze zufrieden sei. Die Maßnahmen wie Abbremsung der automatischen Indexierung oder Einfrierung des Kindergeldes seien entgegen den Forderungen im Regierungsprogramm getroffen worden. Dinge, die richtig seien, müssten auch gemacht werden, ohne auf mögliche Auswirkungen auf Wahlergebnisse Rücksicht zu nehmen, sagte der Premier.

Beim Einheitsstatut benötige man eine Lösung, die nicht mit dem Brecheisen herbeigeführt werden dürfe. Jeder müsse sich bewegen. Er selbst habe entsprechende Vor- schläge ausgearbeitet.

Zur Freude der zahlreichen Ver- treter aus der Wirtschaft kündigte Juncker eine Senkung der Betriebs- steuern ab 2008 an. Allerdings nur, wenn es die haushaltspolitische Si- tuation erlaube.

Traditionell lädt die Fédil einen ausländischen Gastredner zu ihrem Neujahrsempfang ein. Dieses Jahr war es der ehemalige österrei- chische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel. Er unterstützte die Kritik des Luxemburger Industriellenver- bands in Bezug auf Klimaschutz und Klimawandel. Er forderte die EU auf, gemeinsam darüber zu dis- kutieren, warum Kerosin oder der Treibstoff für Tanker nicht besteu- ert werden, wenn Autofahrer bald auf jedem Meter besteuert werden? Außerdem sprach sich Schüssel ge- gen eine unbegrenzte geografische EU-Erweiterung aus. „Wir brau- chen keine zweite OECD und kein amorphes Gebilde, das handlungs- unfähig ist“, sagte der Österreicher.